

SP Kanton Bern - Postfach 2947 - 3001 Bern

Gesundheits- und Fürsorgedirektion des  
Kantons Bern  
Generalsekretariat  
Rathausplatz 1  
Postfach, 3000 Bern 8  
[PolitischeGeschaefte.gsi@be.ch](mailto:PolitischeGeschaefte.gsi@be.ch)



Bern, 11. Dezember 2019

## KONSULTATIONSANTWORT

### Gesundheitsstrategie 2020-2030

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit an der Konsultation teilzunehmen.

Das Gesamtdokument liest sich sehr gut. Wir nehmen die Gelegenheit wahr, einige grundsätzliche Gedanken und auch Detailkritik anzubringen.

## GRUNDSÄTZLICHES

Wir bedauern sehr, dass die Gesundheitsstrategie als Leitlinie der Behörden definiert wurde. Es ist geplant, dass darauf aufbauend weitere Teilstrategien erarbeitet werden sollen. Dieses Vorgehen verhindert einen Gesamtfokus und wird kaum eine sinnvolle Strategie für den Kanton Bern und dessen Bevölkerung ergeben. Falls an diesem Vorgehen festgehalten wird, muss unbedingt eine Teilstrategie «Alter» geführt werden.

Der Hauptfokus des vorliegenden Papiers liegt auf dem Gesundheits- oder Krankheitswesen und somit auf Patientinnen und Patienten und Institutionen des Gesundheitswesens. Die schönen und grossformatigen Bilder zeigen aber gesunde Menschen während der Lebensspanne. Wir bitten Sie, dies anzupassen.

Der Versuch Trennschärfe zwischen Gesundheitsbereich und Sozialbereich zu erarbeiten, ist nicht zielführend. Ebenfalls vermissen wir, dass Gesundheit und Betreuung abgegrenzt wird, obwohl dies im Alltag keine Anwendung findet.

## DETAILKRITIK

### Kapitel 2

Wir begrüssen die im **Kapitel 2** aufgezeigte Verortung der Strategie ins Ziel 3 der Vision 2030 «Der Kanton Bern ist für seine Bevölkerung attraktiv. Er fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine verstärkte und gezielte Integration von sozial Benachteiligten.» Nur im strategischen Ziel

/ Massnahmen A1/2. wird darauf referenziert. Wir fordern einen stärkeren Fokus auf sozial benachteiligte Gruppen, da diese gemäss Gesundheitsberichterstattung eine schlechtere Gesundheit ausweisen und die vorhandenen Angebote nicht oder falsch nutzen.

Ergänzend sollten hier die eigentliche Grundlage bzw. die grundlegenden Gesetze wie zum Beispiel der Verfassung des Kantons Bern (Art. 30 und 41) oder das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Art. 67) aufgeführt werden.

## Kapitel 3

Wir freuen uns über die Einbettung der Gesundheitsstrategie in andere Politikbereiche in **Kapitel 3** (Health in all policies- Ansatz), vermissen jedoch das dazugehörige Kapitel Gesundheitspolitik (Gesundheitsförderung / Prävention, Gesundheitskompetenz, Bewegung, Ernährung etc.) und wichtige Bereiche wie Wohnen, Raum- und Städteplanung oder auch Mobilität.

## Kapitel 4

Die Analyse im **Kapitel 4** ist sehr punktuell und eine Momentaufnahme. Für eine Strategie, die für eine Zeitspanne von 10 Jahren ausgerichtet ist, braucht es zwingend eine Analyse der Veränderungen, Entwicklungen so z.B. die zu erwartende Entwicklung der EL-Beziehenden, der Bevölkerung über 80 Jahre oder die OKP-Monatsprämie. Für die demografischen Veränderungen sowohl bei den Patientinnen und Patienten als auch bei den Fachkräften ist ein zusätzliches Kapitel einzufügen.

Der Kanton Bern muss sich an die WZW-Kriterien halten, es ist deshalb erstaunlich, dass Über- und Fehlversorgungen so ausführlich beschrieben werden.

## Kapitel 5

### 5. SWOT-Analyse

#### Versorgung und ihre Steuerung

#### Stärken 6:

«Es gibt keine offensichtliche Rationierung medizinischer Leistungen aufgrund des Kostendrucks. » Was sind dann die nicht offensichtlichen Rationierungen? Wir bitten das zu präzisieren. Und wir teilen diese Ansicht nicht. (z.B. Spitex: hochpreisige Medikamente, ASS-Betroffene: Eltern übernehmen Kosten).

#### Risiken:

Es fehlt: Selektion, wer die Medikamente verschrieben erhält.

#### Personal

Auf die **Schwäche 5** «Die Berufsverweildauer ist teilweise sehr kurz und sinkend. Die Ursache ist multifaktoriell» wird in den Risiken grossen Bezug genommen, jedoch ohne rote Markierung, welche Einfluss des Kantons bedeuten würde. Bei den Zielen und Massnahmen **7.2 E1** wird daher auch kaum auf Möglichkeiten seitens Kanton hingewiesen. Unserer Meinung nach muss sich der Kanton als Eigner aller Spitäler und Kliniken sowie als Vergeber von Subventionen und Leistungsverträgen hier viel mehr einbringen und seine Verantwortung wahrnehmen.

## Kapitel 6

### 6. Vision Anpassung bei der Vision:

Im Kanton Bern wird die Gesundheit der **gesamten** Bevölkerung...

...ihren Beruf **kompetent** aus

## Kapitel 7

Die strategischen Ziele und Massnahmen in **Kapitel 7.2** sind weder auf die Stossrichtungen, die Mission und Vision noch auf die SWOT-Analyse abgestützt. Eine Zuordnung der Risiken und Schwächen sowie allenfalls der Chancen und Stärken auf die Massnahmen ist wünschenswert.

Es fällt auf, dass in den Massnahmen viele Analysen gefordert werden und eine Beschreibung von bereits vorhandenen Angeboten zu finden ist. Die Massnahmen sind zu wenig konkret und die ausführende/n Stelle/n ist/sind nicht definiert. Z.B. Massnahme A2/2. «Zusätzlich sollen niederschwellige und psychosoziale Angebote für eine rasche Versorgung gefördert und der Gesundheitsversorgung von vulnerablen Gruppen besondere Beachtung geschenkt werden» A2/5 «Die Leistungserbringung und die Patientenpfade sollen, zum Wohle des Patienten, vereinfacht werden».

Das strategische **Ziel C** «Die Behörden des Kantons Bern arbeiten effizient und transparent» ist zu streichen und die Massnahmen sollen ins Kapitel Versorgung und ihre Steuerung integriert werden. Das strategische **Ziel D** «Finanzen» soll gekürzt werden und folgendermassen formuliert werden. «Der Kanton Bern setzt Rahmenbedingungen, die einen effizienten Mitteleinsatz im Gesundheitswesen fördern.»

1. Um die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung zu erhöhen und die Kosten im Gesundheitswesen möglichst gering zu halten, werden die Aktivitäten in der Gesundheitsförderung und Prävention gestärkt. Dabei wird insbesondere auch das Umfeld Volks- und Berufsschule anvisiert.
2. Der Kanton Bern prüft Massnahmen zur Dämpfung der Kostenentwicklung. Die ambulante Nachversorgung wird gestärkt, unnötige Behandlungen werden verhindert, Mengenausweitungen eingeschränkt, beispielsweise durch eine Förderung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung.
3. Die Befähigung der Gesundheitsfachpersonen soll nicht nur fachliche Themen umfassen, sondern auch bezüglich Fragen der Gesundheitskompetenz erfolgen.
4. Förderung der integrierten Gesundheitsversorgung, insbesondere im Bereich der chronischen und behandlungsintensiven Leiden.»

### Personal

#### E.1.1 Den künftigen Personalbedarf decken.

Es ist wichtig, dass zuerst der Pflegebedarf ermittelt wird. Der Personalbedarf kann anhand dieser Berechnung berechnet werden.

**Neu:** Es muss in die Ausbildung investiert werden, damit das Studium für alle Interessierten und Qualifizierten absolvierbar ist (z.B. Berufsbegleitend, Teilzeit, ohne Stipendien oder Unterstützung der Eltern).

**E.1.3** Sehr vage Formulierung. Wie wird die Förderung gemacht?

#### 7.3 Umgang mit vom Kanton nicht direkt beeinflussbaren Schwächen und Risiken

Identifizierte Schwächen und Risiken, die in die Kompetenz des Bundes fallen, werden mittels Interessenvertretung beim Bund adressiert. Instrumente der Interessenvertretung beim Bund sind beispielsweise die Mitwirkung des Kantons bei Vernehmlassungen, die aktive Mitarbeit in den Direktorenkonferenzen und der Konferenz der Kantonsregierungen, das Briefing von BundesparlamentarierInnen im Hinblick auf Kommissionssitzungen und Sessionen sowie die regelmässigen Treffen des Berner Regierungsrates mit den Berner Ständeräten.

Liegen die Kompetenzen bei den Leistungserbringern und anderen Partnern im Gesundheitswesen, nimmt der Kanton anlässlich von Austauschtreffen mittels Sensibilisierung Einfluss.

Wir danken, dass der Inhalt der Stellungnahme geprüft und für die weitere Bearbeitung der Gesundheitsstrategie 2020-2030 berücksichtigt wird.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern  
Parti socialiste du canton de Berne



Mirjam Veglio  
Co-Präsidentin



Ueli Egger  
Co-Präsident



David Stampfli  
Geschäftsführender Parteisekretär